



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (Schlichtung) verbraucherfreundlich gestalten

Aktuell seit 24.06.2026 13:18:44

Angegeben von:

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (R001211) am 30.12.2024

Beschreibung:

Der RefE sieht v.a. die teilweise Abschaffung von Informationspflichten für Unternehmer sowie Stärkung der Lotsenfunktion der Universalschlichtungsstelle und Kostenanreize für Unternehmer bei der Universalschlichtungsstelle vor. Der vzbv setzt sich für verpflichtende Schlichtung in den Sektoren mit den meisten Verbraucherbeschwerden, für den Erhalt von Informationen im konkreten Streitfall und für den Erhalt des Vorrangs branchenspezifischer Schlichtung gegenüber Auffang-Schlichtung, der sich auch bei den Kostenanreizen widerspiegeln muss.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur Förderung und Entbürokratisierung der Verbraucherstreitbeilegung (20. WP) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 16.10.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Interessenbereiche (1)

Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

1. SG2412110021 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und

Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2605130037 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]